zu TOP .....

AfD Stadtratsfraktion Mainz am Rhein

Mainz, 10.03.2026

Anfrage 0472/2026 zur Stadtratssitzung am 25.03.2026

Verkehrsunfälle in der Lennebergstraße und Absprachen der Verwaltung mit der Polizei

Bei der Ortsbeiratssitzung Mainz-Gonsenheim am 26.08.2025 wurde die Prüfung der Einführung von Tempo 30 in der Hauptverkehrsstraße Lennebergstraße mehrheitlich beschlossen. Die Einführung von Tempo 30 in der Lennebergstraße wurde mit Unfällen und einer erhöhten Gefahrensituation für Fußgänger, Radfahrer und spielende Kinder durch zu schnell fahrende Fahrzeuge begründet.

Eine entsprechende Anfrage der AfD im Gonsenheimer Ortsbeirat im September 2025 wurde inhaltlich nicht beantwortet mit der schriftlichen Begründung von Amt 31, es gebe eine „Absprache“ zwischen Polizei und Verkehrsüberwachung, dass die Verwaltung bei der Polizei keine Auskünfte mehr einholt, sondern „Parteien“ selbst Auskünfte einholen sollen, wohlwissend dass die Polizei gegenüber Parteien nicht auskunftspflichtig ist.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Wie viele Unfälle mit und ohne Personenschäden durch überhöhte Geschwindigkeit gab es in der Lennebergstraße in den letzten zwei Jahren?
2. Wenn es dort Verkehrsunfälle mit Personenschäden gab, zu welcher Tageszeit und wann (Wochenende und unter der Woche) erfolgten diese?
3. Zwischen welchen städtischen Ämtern wurden „Absprachen“ mit der Polizei getroffen? Was beinhalten diese „Absprachen“ und wer hat diese getroffen und ist dafür legitimiert?
4. Die Einführung von Tempo 30 bedarf entsprechender Grundlagen, u.a. Tempoüberschreitungen, Gefahrensituationen etc. Wenn Behauptungen nicht durch Zahlen und Vorkommnisse belegbar sind, entfällt die Rechtsgrundlage. Warum trifft die Stadtverwaltung daher „Absprachen“, die verhindern, dass die Veröffentlichung von Fakten zu einer sachgerechten Entscheidung in städtischen Gremien führt?

Stephan Stritter
Stv. Fraktionsvorsitzender

F. d. R. Benjamin Steiner
Fraktionsgeschäftsführer